Beschluss des Landrats vom 09.02.2023

Nr. 2049

54. Steuersolidarität von Teilzeitarbeitenden

2022/546; Protokoll: pw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) sagt, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Ronja Jansen (SP) war beim Lesen des Postulats im ersten Moment sehr positiv überrascht. Solidarität ist an sich eine gute Sache und es ist schön, wenn sich auch die FDP damit beschäftigt. Anschliessend war sie aber sehr erstaunt über den Vorstoss. Das Anliegen erscheint doch ziemlich autoritär, insbesondere für eine Partei, die sich den Freiheitsbegriff sehr gross auf die Fahne schreibt. Aus Sicht der SP-Fraktion sind die vorgeschlagenen Massnahmen absolut untauglich, um das Problem zu lösen. Dies liegt vielleicht daran, dass eine saubere Analyse fehlt. Es wird pauschal über den Fachkräftemangel geklagt. Ein grosser Teil des Problems ist aber nicht nur eine Frage des Mangels, sondern der sinnvollen Verteilung von Arbeitsressourcen. Menschen arbeiten heute durchaus und wollen dies auch, aber halt nicht unbedingt in denjenigen Branchen, die sich die Urheber des Vorstosses wünschen würden. Wo besteht heute ein drastischer Fachkräftemangel? Einerseits besteht dieser in Bereichen mit schlechten Arbeitsbedingungen; Stichwort: Gesundheitsbereich. Dort laufen die Fachleute reihenweise davon, weil die Arbeitsbedingungen miserabel sind. Inzwischen ist eine regelrechte Negativspirale entstanden, weil der Druck auf die verbleibenden Angestellten immer stärker ansteigt. Die logische Gegenmassnahme ist nicht, die Menschen mit Steueranreizen zu höheren Stellenprozenten zu bewegen, sondern bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Fachkräftemangel besteht auch in Bereichen, in denen die Löhne zwar höher sind, aber der Bedarf wegen gesellschaftlicher oder technologischer Entwicklungen sehr schnell angestiegen ist. Als Beispiele können die Bereiche erneuerbare Energien und IT genannt werden. Dort besteht das Problem unter anderem, weil das Ausbildungssystem massgeblich auf die Ausbildung im Jugendalter setzt und darauf, dass Menschen ihr ganzes Leben in der gleichen Branche bleiben. Das ist heute vielleicht einfach nicht mehr zeitgemäss. Auch hier erscheint relativ klar, dass die logische Gegenmassnahme nicht darin besteht, seltsame Steueranreize zu setzen, sondern dafür zu sorgen, dass es bessere Weiterbildungsmöglichkeiten gibt, insbesondere im Bereich der Erwachsenenbildung. In vielen der genannten Branchen gibt es vor allem ein Matchingproblem. Natürlich kann auf die aktuell tiefen Arbeitslosenzahlen verwiesen werden, aber trotzdem sollte der Fokus zuerst auf jenen Menschen liegen, die Lohnarbeit leisten wollen, dies aber nicht können, weil sie beispielsweise nicht über die richtige Ausbildung verfügen. Dazu gehören auch Menschen über 50, die trotz Arbeitskräftemangel sehr oft keine Stelle finden.
Für die SP-Fraktion erscheint es nicht sinnvoll, den Menschen in autoritärer Weise reinzureden, wie sie ihr Leben gestalten sollten. Das vorgeschlagene Steuermodell läuft überdies jeglichen Gleichstellungsbemühungen zuwider. Es wird damit forciert, dass jemand Lohnarbeit leistet und jemand Betreuungsaufgaben wahrnimmt. Dies ist absolut nicht zeitgemäss und sollte mit dem Steuersystem bestimmt nicht gefördert werden. Zum Fazit: Die SP findet durchaus, dass etwas gegen den Fachkräftemangel unternommen werden sollte, aber bitte mit Weiterbildungen und mit besseren Arbeitsbedingungen und nicht mit seltsamen Steueranreizen, die völlig veraltete Familienmodelle forcieren.

Thomas Buser (EVP) findet den Vorstoss interessant, aber auch sehr komplex. Die Grüne/EVP-Fraktion hält das Anliegen für berechtigt und spricht sich für eine Überweisung und Prüfung aus.

Markus Brunner (SVP) kann das Votum des Vorredners unterstützen. Die SVP-Fraktion findet den Denkansatz interessant und unterstützt die Überweisung.

Stefan Degen (FDP) sagt, die genannten Gegenargumente könnten durchaus diskutiert werden, aber nicht unter dem steuerlichen Aspekt, sondern aus dem generellen Blickwinkel der Wirtschaftsförderung. Es geht um einen Steuervorstoss und es handelt sich, wie im Vorstoss deklariert, um die Idee eines Professors. Aus ideologischen Gründen kann schon gesagt werden, dass eigentlich weniger gearbeitet werden sollte. Letztlich geht es aber gar nicht um mehr oder weniger Arbeiten, oder autoritär oder nicht autoritär, sondern darum zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Anreize zu schaffen. Es geht um Anreize, insofern ist «autoritär» das falsche Wort.

://: Mit 54:23 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.